



KN

16. 11. 2011

Wenn Frauen zur Ware werden

Grüne fordern mehr Hilfen für Prostituierte

Kiel. Etwa 100 Bordelle gibt es in Schleswig-Holstein, von mehr als 300 Wohnungen weiß das Landeskriminalamt (LKA), in denen Frauen ihre Liebesdienste anbieten. Wie viele davon von skrupellosen Menschenhändlern zur Sexarbeit gezwungen werden, ist unklar. Die Dunkelziffer, so das LKA, ist hoch. Die Landtagsfraktion der Grünen hat bei einer Fachveranstaltung die Problematik beleuchtet.

Von Günter Schellhase

immens wichtig ansieht.

Auswege aus der Prostitution gesucht

Kiel. Menschenhändler locken Frauen mit falschen Versprechen ins Land, dann werden sie zur Prostitution gezwungen: Über diese Problematik informierte sich die Landtagsfraktion der Grünen bei Polizei und Beratern. Ihr Fazit: Die einzige Fachberatungsstelle müsse gestärkt werden. KN Seite 11

Die Fakten: 2008 wurden nach LKA-Angaben sechs Verfahren wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung abgeschlossen, 2009 waren es 15, im vergangenen Jahr zehn. Die meisten Opfer kamen aus Bulgarien, auch deutsche, türkische, ukrainische und slowakische Frauen wurden zu Sexdiensten gezwungen. „Die Frauen werden durch falsche Versprechungen wie schnellem Geld angeworben und durch physische Gewalt gefügig gemacht. Auch Drogen spielen eine Rolle“, sagte Kerstin Arnoldi vom LKA. Die Täter kämen aus dem Mittel- und gehörten auch Rockerbanden an.

Die Ermittlungsverfahren sind komplex. „Die Opfer müssen als solche identifiziert werden und bereit sein auszusagen“, sagte die Kriminalhauptkommissarin. Oftmals haben sie ein niedriges Bildungsniveau, gehören ethnischen Minderheiten an und haben manchmal nicht das körperliche Empfinden, dass sie ausgenutzt werden. Hinzu kommt die Angst, von ihren „Peinigern“ bestraft zu werden, wenn sie mit der Polizei kooperieren. Um das Vertrauen der weiblichen Opfer zu erlangen und sie zu einer Aussage gegen die Menschenhändler zu bringen, ist eine sensible Vorgehensweise der Kripo notwendig und die Hilfe von Fachberatungsstellen, die Arnoldi für

Mit contra gibt es aber nur eine Fachstelle gegen Frauenhandel im Land. Die Kontakte entstehen zu etwa 80 Prozent durch Frauenberatungsstellen, Ärzte, Nachbarn, Lehrer, Hebammen und auch Freier. Einige Frauen finden aus eigenen Stücken den Weg zu contra, auch die Polizei hilft bei der Vermittlung. „Uns gibt es seit 1999. Seitdem haben wir etwa 700 Frauen beraten. Im Jahr sind es etwa 50 bis 70“, sagte Mitarbeiterin Claudia Rabe, die somit ihrerseits der Polizei Ansätze zu Ermittlungsverfahren geben kann.

46 Prozent der Frauen, die bei contra Hilfe suchen, sind zwischen 19 und 25 Jahre alt, zwölf Prozent zwischen 26 und 30 Jahre, 19 Prozent älter. Erschreckend: „Fünf Prozent sind unter 18 Jahre, die Zahl nimmt zu“, sagte Rabe, die dringenden Bedarf an personeller Ausstattung ihrer Beratungsstelle sieht: „Wir haben nur 1,5 Stellen, sind in Trägerschaft des Nordelbischen Frauenwerks und werden finanziert aus kirchlichen und Landesmitteln.“

„Für mich ist es ein klares Signal, die Beratungsstelle auszubauen, weil die Polizei darauf angewiesen ist im Kampf gegen den Menschenhandel“, sagte Luise Amtsberg, Flüchtlings- und Migrationspolitische Sprecherin der Grünen. Ihre Partei wolle nun prüfen, ob ein Antrag für finanzielle Unterstützung gestellt wird.